



---

Marc Henrichmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Mitglieder der CDU  
im Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II

Abonnenten des Newsletters

**Berliner Büro**

**Unter den Linden 71**

**Raum 337**

Telefon 030 227 – 79385

Fax 030 227 – 70385

E-Mail: [marc.henrichmann@bundestag.de](mailto:marc.henrichmann@bundestag.de)

15. März 2019

---

## **Kluger Klimaschutz ohne ideologische Verbohrtheit**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

liebe Abonnenten des Newsletters,

auch an diesem Freitag demonstrieren junge Schülerinnen und Schüler in ganz Deutschland für einen besseren Klimaschutz. Mit ihrem Protest haben die jungen Menschen einen Nerv getroffen. Dass die Demonstrationen während der Schulzeit stattfinden, nehme ich zur Kenntnis. Ich vermag nicht zu erkennen, warum eine solche Demonstration nicht um 14 Uhr oder am Wochenende abgehalten werden kann. Letztlich ist und bleibt dies aber eine Entscheidung der Demonstranten.

Ich will die Demonstrationen zum Anlass nehmen, über die Klimapolitik der Bundesregierung zu sprechen. Weltweit sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen zwischen 1995 und 2015 um 60 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum hat Deutschland die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 22,4 Prozent gesenkt. Hier sind wir auf einem guten Weg. Leider muss ich etwas Wasser in den Wein gießen: Bei der Umsetzung der Pariser Klimaziele hinkt Deutschland den hochgesteckten Zielen hinterher. Als Union bekennen wir uns zu den Klimazielen, die in Paris und Kattowitz beschlossen worden sind. Auf nationalstaatlicher Ebene müssen wir unsere Hausaufgaben machen. Hier liegt Arbeit vor uns.



Fraglich ist nur, wie wir diese Herausforderung angehen. Ich ärgere mich über die ideologische Verbohrtheit, mit der wir die Klimadebatte führen. Teilweise habe ich den Eindruck, dass die Klimapolitik zu einer Ersatzreligion verkommt. Nur mit Verboten werden wir nicht weiterkommen. Ich habe großes Vertrauen in die Menschen, die Unternehmen und unseren Staat. Wir sollten in der Klimapolitik nicht immer GEGEN irgendetwas sein, sondern aktiv FÜR einen klugen Klimaschutz eintreten. Das ist auch eine Frage der Haltung.

Ich setze, neben klugen gesetzlichen Regelungen, auch auf die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, von sich aus ihr Verhalten zu ändern. Das hat für mich etwas mit Eigenverantwortlichkeit, Mündigkeit und Subsidiarität zu tun. Mobilität, Ernährung und Wirtschaften – viele Menschen spüren, dass es so nicht weitergehen kann. Sie werden ihr Verhalten von sich aus ändern. Beim Einsatz für mehr Klimaschutz setze ich auch auf die Unternehmen. Durch ihre Innovationen, durch neue Produkte und neue Verfahren werden sie einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Auch die Wissenschaft ist gefragt. Mit großem Interesse habe ich gelesen, dass es Forschern gelungen ist, [Kohlendioxid wieder zurück in Kohle](#) umzuwandeln.

Als Politik ist es unsere Aufgabe, diesen Prozess zu gestalten und zu begleiten. Wir brauchen eine Allianz für mehr Klimaschutz, die zeigt, dass Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze sind. Wir sind die einzige Partei, die diese Wende ohne Schaum vorm Mund, dafür mit Sinn und Verstand lösen kann.

### **Gute Nachricht für Dieselfahrer: Verbote in den allermeisten Städten vom Tisch**

Im Deutschen Bundestag haben wir in dieser Woche zwei „Diesel-Gesetze“ verabschiedet. Der Bundestag hat beschlossen, dass in Städten, in denen die Grenzwerte nur minimal überschritten worden sind, einseitige Diesel-Fahrverbote unverhältnismäßig sind. Selbstverständlich gelten die EU-weiten Grenzwerte für die Luftreinheit weiter. Damit sind in den allermeisten Städte Fahrverbote vom Tisch. Das ist eine gute Nachricht für alle Dieselfahrer. Zudem hat der Bundestag eine Änderung im Straßenverkehrsgesetz beschlossen: Vorgesehen sind personelle oder



automatisierte Kontrollen im fahrenden Verkehr. In der Fraktion habe ich mich gegen diese Änderung ausgesprochen. Das Bundesverfassungsgericht hat sehr enge Grenzen für solche automatischen Kontrollen gesetzt. Selbst die Polizei darf diese Kontrollen nur in Ausnahmefällen zur Verfolgung von Straftaten einsetzen. Mit diesen automatisierten Kontrollen jetzt Dieselfahrer zu kontrollieren, halte ich politisch für falsch und für verfassungsrechtlich bedenklich. Dies habe ich in der Fraktion deutlich zum Ausdruck gebracht. Der Abstimmung im Bundestag bin ich dann ankündigungsgemäß ferngeblieben.

### **#Starker Staat: Diskutieren Sie mit uns**

Apropos Durchsetzung von Regeln: Schwerpunkt der politischen Arbeit der Union in dieser Legislaturperiode ist die Stärkung des Rechtsstaates. Durch mehr Personal bei der Polizei und bei der Justiz, eine Verschärfung des Strafrechts und effizientere Verfahren soll geltendes Recht in Deutschland effektiver durchgesetzt werden. Doch mit mehr Personal und einer besseren Ausstattung allein ist es nicht getan. Als Union fragen wir uns: Wie begegnen wir der Gewalt gegen Polizisten? Wie bekämpfen wir die [Clan-Kriminalität](#)? Und wie gewähren wir Sicherheit im Netz?

[Als Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion würde ich gerne mit Ihnen über den Rechtsstaat ins Gespräch kommen.](#) Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht prioritär? Was sollten wir dringend angehen? Über eine Rückmeldung unter [marc.henrichmann@bundestag.de](mailto:marc.henrichmann@bundestag.de) freue ich mich sehr.

### **Kein Verständnis für Diskussion um die Kanzlerschaft und Personaldebatten**

Mit großer Verwunderung und noch größerem Unverständnis habe ich in dieser Woche die von der SPD begonnene Debatte um ein mögliches Ende der Kanzlerschaft Angela Merkels zur Kenntnis nehmen müssen. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass in Teilen der CDU ähnliche Forderungen erhoben werden. Die „Werte-Union“, eine Gruppe von 2.000 Mitgliedern, vertritt diese Position. Unsere Bundeskanzlerin hat im vergangenen Jahr unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie kein weiteres Mal als Kanzlerkandidatin von CDU und CSU antreten wird. Insofern habe ich keinerlei Verständnis für die jetzige Diskussion. Dass sich diese



Splittergruppe innerhalb der Union jetzt noch das Recht rausnimmt, AKK zu diktieren, was sie zu tun und zu lassen hat, setzt dem Ganzen die Krone auf.

Die Personaldebatten bin ich leid. Im Koalitionsvertrag haben wir uns auf viele Punkte verständigt, die wir umsetzen wollen, um Zukunft zu gestalten. Vertrauen gewinnt man nur durch gute Arbeit. Ich freue mich über die Ergebnisse einer Forsa-Umfrage: Demnach wünschen sich zwei Drittel der Bundesbürger, dass Angela Merkel bis zum Ende der Legislaturperiode Kanzlerin bleibt. Dass die große Koalition insgesamt schlecht bewertet wird, liegt meiner Meinung am Erscheinungsbild dieser Koalition. Die ständigen Personaldebatten haben dazu geführt, dass wir nicht über Inhalte gesprochen haben. Wir haben in den Bereichen Pflege, Gesundheit, innere Sicherheit, Sozialstaat und Zusammenleben in Deutschland viel erreicht, wir sind auch in der Familienpolitik, bei der Entlastung von Bürgern, in der Finanzpolitik und bei der Begrenzung der Migration sowie bei der Modernisierung unserer Infrastruktur weitergekommen. Auf diesen Erfolgen dürfen wir uns nicht ausruhen. Die Wählerinnen und Wähler erwarten von uns zu Recht, dass wir besonnen und klug an der Zukunft unseres Landes arbeiten. Das haben wir verstanden, und das sollten wir in den nächsten drei Jahren täglich unter Beweis stellen.

Mit Themenwünschen, kritischen Rückfragen und Anmerkungen können Sie sich jederzeit an mich wenden. Ich freue mich, mit Ihnen über unsere Politik zu debattieren.

Bis dahin viele Grüße aus Berlin